



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

21. hét

2019.05.20.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *Einzig Fidesz-KDNP führten einen professionellen Europawahlkampf:*

Die Regierungsparteien haben seit April 2018 einen permanenten, mehrschichtigen politischen Wahlkampf verwirklicht. Die Oppositionsparteien hingegen gehen unvorbereitet in die Europawahl, die wegen ihres Verhältniswahlrechts eine gute Chance geboten hätte, bisherige politische Fehler zu kompensieren. Das am ehesten unverwechselbare Zeichen ihrer fehlenden Vorbereitung ist, dass sie sich im Wahlkampf zur Europawahl hauptsächlich mit dem im Herbst anstehenden politischen Wettstreit befassten, indem sie versuchten, Kandidaten für das Amt des OB von Budapest und der weiteren Großstädte aufzustellen, während ihre wichtigsten Botschaften im Europawahlkampf kaum transportiert wurden.

Wirtschaftspolitik – *Das ungarische Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Quartal 2019 um 5,3 Prozent gewachsen:*

Auf der Grundlage der Daten zum Wirtschaftswachstum für das erste Quartal 2019 legte das BIP in Ungarn um 5,3 Prozent zu, womit Ungarn erstmals die Rangliste in der Europäischen Union anführt. In den drei weiteren Mitgliedstaaten der V4-Gruppe ergab sich ebenfalls ein überdurchschnittliches Wachstum, während die drei bevölkerungsreichsten Staaten der Eurozone am absoluten Ende der Liste platziert sind.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Zwischen den USA und Ungarn kam ein strategisches Bündnis zustande:*

Die Stärkung der amerikanisch-ungarischen bilateralen Beziehungen sowie die Definition der Gebiete einer künftigen Zusammenarbeit waren erstrangige Zielstellungen des Treffens zwischen US-Präsident Donald Trump und dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Abgesehen davon, dass diese Begegnung in einer gelösten Atmosphäre verlief, konnten die bilateralen Beziehungen auch in der strategischen Dimension gestärkt werden, so dass es in der Folgezeit zu intensiveren ungarisch-amerikanischen Konsultationen kommen dürfte.

Prognose – *Am Sonntag werden die Abgeordneten für das neue Europaparlament gewählt:*

Zum vierten Mal werden in Ungarn Europawahlen veranstaltet, wobei auch dieses Mal nicht damit gerechnet werden kann, dass die seit 2004 anhaltende Siegesserie von Fidesz-KDNP reißen würde.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

EINZIG FIDESZ-KDNP FÜHRTEN EINEN PROFESSIONELLEN EUROPAWAHLKAMPF

Während die Regierungsparteien seit 2015 einen permanenten, mehrschichtigen politischen Wahlkampf verwirklichen konnten, gehen die Oppositionsparteien unvorbereitet in die Europawahl. Das am ehesten unverwechselbare Zeichen ihrer fehlenden Vorbereitung ist, dass sie sich im Wahlkampf zur Europawahl hauptsächlich mit dem im Herbst anstehenden politischen Wettstreit befassten, indem sie versuchten, Kandidaten für das Amt des OB von Budapest und der weiteren Großstädte aufzustellen, während ihre wichtigsten Botschaften im Europawahlkampf kaum transportiert wurden.

Es ist gut zu sehen, dass sich die Wahlkampfstrategie der Regierungsparteien auf Fragen konzentrierte, die sich sowohl gesamtgesellschaftlich als auch in ihrer europäischen politischen Dimension interpretieren lassen, wie beispielsweise Migration, Familienförderung als Bindeglied der Bevölkerungspolitik sowie die Beurteilung der künftigen Ausrichtung der Europäischen Union. Der Europawahlkampf von Fidesz-KDNP, der für die Souveränität des Landes eintrat, die illegale Einwanderung zurückwies und die ungarischen Familien in den Mittelpunkt rückte, wurde permanent und gut organisiert geführt. Die Beurteilung des durch den Regierungschef vorgestellten Aktionsplans aus zwei Mal 7 Punkten dürfte auch im Kreis der Sympathisanten der Opposition positiv ausfallen. Ein Teil der professionellen Kampagne des Fidesz bleibt dabei, gleichzeitig eine Kanalisierung der Stimmen der Auslandsungarn anzustreben. Der Ministerpräsident trat während seiner Rundreise durch Siebenbürgen im Wahlkampf für den Ungarnbund RMDSZ auf, der ähnlich wie der Fidesz der EVP angehört. Der Grund liegt auf der Hand: Der Ministerpräsident wollte die Ungarn in Siebenbürgen dazu bewegen, mit ihren Stimmen nicht den Fidesz, sondern den RMDSZ zu unterstützen, weil das am 26. Mai bis zu zwei zusätzliche Mandate bringen könnte.

Die Oppositionsparteien gehen unvorbereitet in die Europawahl. Das am ehesten unverwechselbare Zeichen ihrer fehlenden Vorbereitung ist, dass sie sich im Wahlkampf zur Europawahl hauptsächlich mit dem im Herbst anstehenden politischen Wettstreit befassten. Die MSZP versuchte es mit dem für die Wähler nur schwer zu deutenden Slogan von einem „sozialen Europa“, das Jobbik-Programm einer Lohnunion brachte schon seit langer Zeit keine Ergebnisse, und die grünen, auf den Umweltschutz gerichteten Botschaften der LMP können nur eine schmale gesellschaftliche Schicht

ansprechen. Die DK führte unter allen Oppositionsparteien noch den entschlossensten und am ehesten nachvollziehbaren Europawahlkampf: Wegen ihrer engagierten und leicht zu mobilisierenden Wähler könnte diese Partei durchaus Chancen besitzen, das nach der Popularität vor der DK liegende Duo Jobbik-MSZP zu überholen. Die DK-Strategie ist einfach: Sie formulieren in jedem Fall Botschaften, die dem Standpunkt der ungarischen Regierung diametral entgegengesetzt sind. Aus diesem Grund hebt sich die DK im Oppositionslager als Anhänger einer supranationalen, über den Nationen stehenden EU ab.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

DAS UNGARISCHE BIP WUCHS IM ERSTEN QUARTAL 2019 UM 5,3 PROZENT

Auf der Grundlage der Daten zum Wirtschaftswachstum für das erste Quartal 2019 legte das BIP in Ungarn um 5,3 Prozent zu, womit Ungarn erstmals die Rangliste in der Europäischen Union anführt. In den drei weiteren Mitgliedstaaten der V4-Gruppe ergab sich ebenfalls ein überdurchschnittliches Wachstum, während die drei bevölkerungsreichsten Staaten der Eurozone am absoluten Ende der Liste platziert sind.

Es spricht für den Erfolg der Wirtschaftspolitik dieser Regierung, dass das einheimische BIP im ersten Quartal 2019 um 5,3 Prozent wachsen konnte, womit nach Ansicht von Mihály Varga selbst die Erwartungen der Analysten noch übertroffen wurden. Der Finanzminister hob hervor, dass die ungarische Konjunktur das 3,5-Fache des zur gleichen Zeit in der Europäischen Union gemessenen Wachstums erreicht haben dürfte. Damit hat sich Ungarn zum ersten Mal an die Spitze der Rangliste der Mitgliedstaaten geschoben – zumindest unter jenen 20 EU-Mitgliedstaaten, die ihre BIP-Daten bereits mitgeteilt haben. Die Ergebnisse der Visegrád-Staaten (V4) lassen sich allesamt sehen, denn im Durchschnitt übertraf das Wachstum in Ungarn, Polen, der Slowakei und Tschechien die Marke von 4 Prozent. Hinter der ungarischen Wachstumszahl stehen zahlreiche Faktoren: Die Beschäftigtenzahl liegt mittlerweile nahe an 4,5 Millionen, während die Erwerbslosenquote mit 3,6 Prozent auf den niedrigsten Stand seit der Systemwende gefallen ist. Parallel hierzu steigen die Löhne, was den Privatverbrauch ankurbelt und somit zur Stärkung des Dienstleistungssegments beiträgt. Unter den Maßnahmen der Regierung nahmen zugleich die Verteilung der europäischen Entwicklungsgelder und das Programm zur Schaffung von Wohnungen eine wichtige Rolle ein,

woraufhin der Ausstoß des Baugewerbes im ersten Quartal um 48,2 Prozent und die Zahl der Neubauwohnungen um 8 Prozent zunahmen. Der das Ministerpräsidentenamt leitende Minister Gergely Gulyás verwies auf der Regierungspressekonferenz am 16. Mai auf den Zusammenhang, dass Ungarn mit allen führenden Weltmächten (China, USA und Russland) ausgesprochen gute Kontakte unterhält, deren Wirtschaft für Ungarn relevant ist. Derweil ist die Wirtschaft der Eurozone weiterhin nicht dem Tief entwichen, denn die drei größten Mitgliedstaaten (Italien, Deutschland und Frankreich) besetzen die letzten drei Plätze auf der Wachstums-Rangliste. In Reaktion auf die Gefahren, die das abflauende Wachstum in diesen Ländern mit sich bringt, gab Gergely Gulyás bekannt, dass die Regierung voraussichtlich in zwei Wochen eine Entscheidung über einen Aktionsplan zum Schutz der Wirtschaft trifft, der Punkte zur weiteren Stärkung und Förderung der Automobilindustrie und der KMU beinhalten dürfte. Der das Ministerpräsidentenamt leitende Minister führte des Weiteren aus, dass der Haushaltsentwurf für das kommende Jahr, der am 4. Juni im Parlament eingereicht wird, den Absichten zufolge am 12. Juli verabschiedet werden kann.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

STRATEGISCHES BÜNDNIS ZWISCHEN DEN USA UND UNGARN

Mit seinem Besuch in Washington konnte Ministerpräsident Viktor Orbán ein Gleichgewicht zwischen der durch ihn verkündeten Politik der Ostöffnung und dem Streben seiner Regierung nach einem guten Verhältnis mit den westlichen Verbündeten schaffen. Abgesehen davon, dass diese Begegnung in einer gelösten Atmosphäre verlief, konnten die bilateralen Beziehungen auch in der strategischen Dimension gestärkt werden, so dass es in der Folgezeit zu intensiveren ungarisch-amerikanischen Konsultationen kommen dürfte.

US-Präsident Donald Trump empfing am vergangenen Montag im Weißen Haus in Washington Ministerpräsident Viktor Orbán. Im Gegensatz zu den negativen Erwartungen jener Medien, die keine Sympathien für die ungarische Regierung zeigen, würdigte der amerikanische Präsident die bisherigen Leistungen von Viktor Orbán beim Aufhalten der illegalen Einwanderung: „Viktor Orbán hat eine sehr gute Arbeit gemacht und in Ungarn Sicherheit geschaffen“, hob Donald Trump hervor. Aus ungarischem Blickwinkel betrachtet waren die beiden wichtigsten Effekte des Treffens, die nationalen Interessen auf höchster Ebene zu repräsentieren und ein ideologisches Bündnis für die

Zukunft zu bauen. Auf dieser Basis gelang es, die bilateralen Beziehungen beider Länder auf eine neue Ebene zu heben. Dieses Treffen war zugleich ein aussagekräftiges Kontra für jene politischen Gegenspieler, die den Mythos von einer internationalen Isolierung des ungarischen Regierungschefs aufrechtzuerhalten versuchen.

Abgesehen von diesem Mythos der Isolierung kippte auch die These von einer einseitigen Ausrichtung der ungarischen Regierung auf ihre Politik der Ostöffnung. Zwar hat noch keine der beiden Seiten konkrete Ergebnisse verlautbaren lassen, doch ging aus den Worten des ungarischen Regierungschefs zur Bewertung des Treffens hervor, dass in Zukunft aus dem Aspekt der Verteidigungspolitik und der Militärindustrie bedeutende Beschaffungen anstehen dürften. Mit anderen Worten zeigte sich über die politische und ideologische Ebene hinaus auch in wirtschaftlichen und Handelsfragen Übereinstimmung zwischen den beiden Politikern. Die Diversifizierung der Energiebezugsquellen dürfte sich fortsetzen, nachdem nicht nur die künftige Geldanlage in das kroatische LNG-Terminal, sondern ebenso die Ausbeutung der Erdgaslagerstätten im Schwarzen Meer vor Rumänien gute Möglichkeiten für den ungarischen Ministerpräsidenten bieten, das Land aus unterschiedlichen Quellen mit Energieträgern zu versehen. Da die diplomatischen Ereignisse im Weißen Haus nur selten zufällig geschehen, belegt die Einladung durch Präsident Trump eindeutig eine Aufwertung von Viktor Orbán und der Region Mitteleuropas. Die mit den Polen eingeleiteten und nun mit Orbán abgeschlossenen Besuche der Ministerpräsidenten der Visegrád-Staaten handelten nicht einfach von Geschäftsanbahnungen, sondern von der amerikanischen Weltpolitik. Die unter der Regierung Obama vernachlässigte Region ist geopolitisch für die USA wieder wichtig geworden.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

AUCH WEITERHIN KEIN EINVERNEHMEN BEZÜGLICH DER PFLICHTQUOTEN

Die vorläufige Stellungnahme des Europäischen Gerichtshofs in der laufenden Debatte zwischen der Europäischen Kommission und den Regierungen Ungarns, Tschechiens sowie Polens in dem durch die Medien einfach als „Quoten-Prozess“ apostrophierten Verfahren brachte noch keine Entscheidung, aber doch Meinungsverschiedenheiten zutage. Bekanntlich verpflichtete ein EU-Beschluss von 2015 die drei Mitgliedstaaten, Asylbewerber aus Italien und Griechenland auf der

Grundlage zuvor festgesetzter Quoten aufzunehmen. Ungarn hätte im gegebenen Fall 1.294, Tschechien 1.591 und Polen 5.082 Asylbewerber übernehmen müssen. Diese Quotenregelung wurde neben vielen anderen Ländern auch durch die drei besagten V4-Staaten nicht erfüllt, woraufhin die Europäische Kommission ein Verfahren einleitete, gegen die übrigen Mitgliedstaaten, welche ihre Quoten ebenso wenig erfüllten, aber nicht. So kam es dazu, dass nicht einmal ein Drittel des vorgegebenen Quotenkontingents von insgesamt 120.000 Flüchtlingen absolviert wurde, nachdem kein einziger Mitgliedstaat die ihm gegenüber definierten Erwartungen erfüllen konnte. In Vertretung der Kommission in Brüssel hob Zuzana Maluskova hervor, dass die Rechtmäßigkeit des in Reaktion auf die Migrationskrise durch die Innenminister der Gemeinschaft eingerichteten Solidaritätsmechanismus bereits früher festgestellt wurde und deshalb keinen Gegenstand der Diskussion bilden könne. Das Gericht dürfte zum Ende des Sommers ein endgültiges Urteil in der Sache sprechen. Die Operation zur Umsiedlung von Flüchtlingen wurde bereits vor anderthalb Jahren, im September 2017, abgeschlossen.

CSABA CZEGLÉDY AUS POLITISCHEN GRÜNDEN AUF DER EUROPALISTE DER DK

Csaba Czeplédy erhält auch bei den Wahlen zum Europaparlament als Kandidat der DK im Sinne einer rechtskräftigen Entscheidung des Nationalen Wahlausschusses (NVB) Immunität. Das Gremium stimmte mit 9:8 für eine Aussetzung des laufenden Gerichtsverfahrens; dabei hätte es für die Rechtskraft einer Zweidrittelmehrheit bedurft. Czeplédy steht auf der Liste der DK für die Europawahlen an 36. Stelle, und obgleich am Sonntag in Ungarn insgesamt nur 21 Mandate für das Europaparlament vergeben werden – Czeplédy also nicht einmal eine reale mathematische Chance zum Einzug besäße –, billigte der NVB in seiner Stellungnahme dem Politiker als Wahlkandidat das Recht auf Immunität zu. Das hat insofern Bedeutung, weil nun ebenso wie bereits im vorigen April aus Anlass der Parlamentswahlen das laufende Strafverfahren gegen Czeplédy ausgesetzt werden musste. Gegen Csaba Czeplédy und Komplizen ist beim Gerichtshof Szeged ein Strafverfahren wegen bandenmäßiger Verbrechen mit dem Vorwurf des Haushaltsbetrugs im besonders schweren Umfang anhängig. Der NVB-Beschluss ist auch deshalb bemerkenswert, weil das Gericht um die Aufhebung der Immunität bat, woraufhin die durch die Opposition delegierten Mitglieder des Ausschusses gegen das Gerichtersuchen Stellung bezogen. Die rechtsradikale „Mi Hazánk“ berief ihren Delegierten nach diesem skandalösen Beschluss unverzüglich ab.

PROGNOSE

- Zum vierten Mal werden in Ungarn Europawahlen veranstaltet, wobei auch dieses Mal nicht damit gerechnet werden kann, dass die seit 2004 anhaltende Siegesserie von Fidesz-KDNP reißen würde. Wie hoch der Sieg der Regierungsparteien letztlich ausfallen wird, hängt in erster Linie von der Wahlbeteiligung ab. Das Abschneiden der Oppositionsparteien entscheidet sich mit der Effizienz der Mobilisierung ihrer Wähler.

Die Prognose des Nézőpont-Instituts rechnet am Sonntag bei einer Wahlbeteiligung von 35-40 Prozent mit 14 Mandaten für Fidesz-KDNP im Europaparlament. Die Position der Regierungsparteien wurde auch durch die Wahlkampfreise des Ministerpräsidenten nach Siebenbürgen untermauert. Der Regierungschef rief die dortigen Wähler zur Unterstützung des Ungarnbundes RMDSZ auf, weil entsprechende Stimmenanteile ein zusätzliches Mandat im Europaparlament bringen können. Parallel hierzu dürfen infolge von Veränderungen des Wahlrechts, die im Einklang mit einer Vorlage des Europäischen Rates vorgenommen wurden, 2019 erstmals auch ungarische Staatsbürger aus Serbien und der Ukraine ohne Wohnsitz innerhalb der Gemeinschaft abstimmen, was bis zu 50.-100.000 Stimmen zusätzlich für Fidesz-KDNP bedeuten könnte, nachdem die ungarischen Parteien in diesen Regionen örtlich – im Gegensatz zu Siebenbürgen – über keine starke Interessenvertretung verfügen. Die Oppositionsparteien dürfen infolge ihres unsachgemäß gemanagten Europawahlkampfes mit 7 Mandaten oder aber bei einer höheren Wahlbeteiligung mit nur 6 Mandaten im Europaparlament rechnen. Jobbik, MSZP-P sowie DK dürften jeweils 2 Mandate erlangen, während die Fünfprozent-Hürde die kleinen Parteien (LMP und Momentum) vor eine schwere Aufgabe stellen dürfte (wofür ungefähr 158.000 Stimmen erforderlich sein werden).